

Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Jagdpolitische Fragen



1.1

Hält Ihre Partei eine Änderung des Bundesjagdgesetzes für erforderlich, wenn ja, in welcher Form?

Es bedarf in zentralen Bereichen eines einheitlichen Rechtsrahmens, damit es nicht zu einer Zersplitterung des Jagdrechts kommt. Dies [...] verhindert neue Bürokratie. Deshalb setzen wir uns für die Einführung bundeseinheitlicher Regelungen zur Bleiminimierung bei der Jagdbüchsenmunition unter Beachtung einer ausreichenden Tötungswirkung und für einen Übungsschießnachweis sowie für die bundesweite Vereinheitlichung der Jägerprüfungsordnung ein.

Die SPD hält eine Änderung des Jagdgesetzes für erforderlich. Dies ist notwendig, um den Ausstieg aus der bleihaltigen Munition abzuschließen. Die Vorschriften zur Erlangung des Jagd- und des Falknerscheins müssen aktualisiert werden. Die Anforderungen an die Schießprüfung sollten erhöht werden, damit durch gesteigerte Treffsicherheit den Tieren unnötiger Schmerz erspart wird. [...] Für die Jagd in NATURA 2000 - Gebieten und in Nationalparks brauchen wir eine Regel, die verhindert, dass es zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Erhaltungsziele des Wildbestandes kommt. Ferner sehen wir es als hilfreich an, Jagdzeiten neu zu bestimmen und rechtssicher festzulegen.

Ja. Wir wollen eine modernisierte und zeitgemäße Jagd. Um [...] geänderten gesellschaftlichen Erwartungen [...] Rechnung tragen zu können, ist [...] eine Anpassung des Jagdrechts notwendig. Insbesondere neue wildbiologische und jagdpraktische Erkenntnisse [...] müssen entsprechend im Jagdrecht berücksichtigt werden. Das geltende Jagdrecht ist noch nicht fit für die heutigen Erfordernisse des Arten- und Naturschutzes. Eine Jagd, die Bestandteil einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung und der nachhaltigen Nutzung des Offenlandes sowie Tierschutz konform ist, kann eine breite gesellschaftliche Akzeptanz bekommen.

Ja. DIE LINKE spricht sich dafür aus, dass im Bundesjagdgesetz das gesellschaftspolitische Ziel der Jagd als Beitrag zu einer möglichst naturnahen Wald-, Land- und Fischereiwirtschaft formuliert und das Prinzip »Wald und Wild« konsequent verankert wird. Außerdem möchte DIE LINKE auch die Jagdausbildung stärker [...] im Sinne einer naturnahen Waldbewirtschaftung ausrichten und die Themen Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, Ökologie und Waldbau stärken. Bundeseinheitliche Vorgaben zum Schießübungsnachweis im Rahmen der Jäger/innenprüfung sowie zur Verlängerung des Jagdscheines sind aus Sicherheitsgründen zu begrüßen. Desweiteren verweist das Bundesjagdgesetz bislang lediglich auf die allgemein anerkannten Grundsätze deutscher Waidgerechtigkeit, während der dahinter stehende Kanon an Regeln und Normen bisher nicht rechtsverbindlich festgeschrieben ist. Um die gesellschaftliche Akzeptanz der Jagd zu erhalten, sind aus unserer Sicht sachliche Diskussionen zum Regelwerk notwendig.

Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass sich der bestehende bundesrechtliche Rahmen bewährt hat. Was wir mit Sorge beobachten, ist die Zersplitterung des deutschen Jagdrechts infolge ideologischer Jagdgesetznovellen in den Ländern. Das Jagdrecht soll weiterhin Vertrauen in die Sachkunde und das selbstbestimmte Handeln von Jägerinnen und Jägern setzen sowie das Recht am Grundeigentum achten. Eine Ausweitung der sachlichen Verbote lehnen wir daher strikt ab. Die Liste der jagdbaren Arten in § 2 des Bundesjagdgesetzes wollen wir fortschreiben.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Jagdpolitische Fragen



1.2

Erkennt Ihre Partei das Jagdrecht als Schutzrecht an, wenn nein, warum nicht?

CDU und CSU wissen zu schätzen, dass das Jagdrecht nicht nur ein Nutzungs-, sondern insbesondere auch ein Schutzrecht ist. Das Wild, insbesondere seltene und geschützte Arten, die dem Jagdrecht unterliegen, profitieren von der gesetzlich verankerten Hegeverpflichtung.

Das Jagdrecht dient in erster Linie der Regulierung der Jagd und ist damit kein Schutzrecht im Sinne des Naturschutzrechtes. Aber natürlich gibt es [...] Überschneidungsbereiche. [...] Nicht umsonst heißt es im Jagdrecht: »Mit dem Jagdrecht ist die Pflicht zur Hege verbunden«. Wir treten deshalb für eine differenzierte Betrachtung der Jagd ein und schätzen den Beitrag, den die Jäger zur Erhaltung funktionierender Ökosysteme leisten.

Wir sind der Auffassung, dass geschützte und bedrohte Arten nicht dem Jagdrecht unterliegen sollten. Sie sollen künftig allein dem Naturschutzrecht unterliegen.

Ja. Jagd findet im Ökosystem statt, Wild ist ein wichtiger Teil dieses Ökosystems, in dem die Jagd auch die Funktion der fehlenden großen Beutegreifer übernimmt. Insofern hält DIE LINKE ihre Einbindung in den Naturschutz sehr wichtig.

Ja. Wir Freie Demokraten erkennen das Jagdrecht als Schutzrecht an. Arten, die dem Jagdrecht unterliegen, profitieren ohne Zweifel von der gesetzlichen Hegeverpflichtung nach § 1 Absatz 1 des Bundesjagdgesetzes.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Jagdpolitische Fragen



1.3

Erachtet Ihre Partei eine Kürzung oder Erweiterung des Katalogs jagdbarer Arten für erforderlich, wenn ja, warum?

CDU und CSU sehen keine Notwendigkeit die Liste der jagdbaren Tierarten zu ändern. Selbstverständlich müssen Tierarten, die in ihrem Bestand bedroht sind, ganzjährig geschont werden. Die Herausnahme aus dem Katalog der jagdbaren Arten hätte aber den Verlust der Hegepflicht zur Folge. Das wäre gerade für den Schutz und den Erhalt der Arten nachteilig. [...]

Um Rechtsunsicherheiten abuschaffen, im Sinne einer verantwortungsvollen Jagd und eines effektiven Naturschutzes für Klarheit zu sorgen, wollen wir Tierarten eindeutig nach Schutz und nachhaltiger Nutzung trennen. Aus Sicht der SPD sollten Greifvögel und Falken aus der Liste der jagdbaren Arten genommen werden. Darüber hinaus gibt es rechtssystematische Probleme, wenn Greifvögel dem europäischen Artenschutz unterliegen, sich in Deutschland jedoch nicht in der Bundesartenschutzverordnung, sondern in der Liste der jagdbaren Arten wiederfinden – auch wenn sie nicht bejagt werden.

Die Liste der jagdbaren Arten sollte überarbeitet und gekürzt werden. Wir wollen die Liste der jagdbaren Arten auf Grund von folgenden Kriterien ausrichten:

- die erlegten Tiere sollen sinnvoll genutzt und verwertet werden können
- die Tiere sind nicht geschützt oder bedroht
- wenn ein begründetes Interesse an einer Bestandsregulierung besteht und gleichzeitig eine Bestandsregulierung bzw. Wildschadensverminderung auch tatsächlich erfolgreich möglich ist,
- Bejagung von Beutegreifern bis auf wenige Ausnahmen einstellen

Geschützte Arten ins Jagdrecht aufzunehmen, ist weder für die Jäger noch für den Naturschutz von Vorteil und führt nur zu Kompetenzwarrarr.

Nein. DIE LINKE hält es für geboten, die Liste der jagdbaren Tierarten regelmäßig zu prüfen mit dem Ziel, vor allem die Tierarten aufzuführen, die auf absehbare Zeit tatsächlich bejagt werden können, für die es eine sinnvolle Nutzung oder einen wildbiologisch ableitbaren Bejagungsgrund gibt. Dafür muss aus unserer Sicht auch die jagdliche Forschung personell und finanziell deutlich aufgewertet werden, damit Bestandsdynamiken und Konsequenzen für das Ökosystem Wald oder die Agrarlandschaft exakter bewertet werden können.

Wir Freien Demokraten wollen die Liste der jagdbaren Arten erweitern. So halten wir es beispielsweise für sinnvoll, den Wolf analog zum Luchs einstweilen bei Zuweisung einer ganzjährigen Schonzeit dem Jagdrecht zu unterstellen. Auch früher stark bedrohte Tierarten, deren Bestände sich in den vergangenen Jahren erholt haben und zusehends in Konflikt mit [...] anderen Nutzungsformen geraten, wie etwa der Biber, müssen ins Jagdrecht aufgenommen und künftig einem stärkeren Management unterstellt werden.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Jagdpolitische Fragen



1.4

Unterstützt Ihre Partei die Bejagung von Prädatoren und deren Nutzung durch Verarbeitung der Bälge?

Jäger leisten mit der Bejagung von Prädatoren einen wertvollen Beitrag zur Hege sowie zum Artenschutz. Jährlich erlegen sie rund 600.000 Füchse, Marderhunde und Waschbären. Für gute Bälge sollte stets die Devise gelten: verwerten statt verwerfen! Neben einer sinnvollen Nutzung von Ressourcen haben Bälge aus waidgerechter Jagd zudem im Vergleich zum Kunstpelz eine hervorragende Öko-Bilanz. Deshalb begrüßen wir, dass der DJV die Nutzung und Verwertung von Bälgen aus waidgerechter Jagd aktiv vorantreibt. Ebenso positiv ist, dass die verarbeiteten Felle/Pelze mit einem Logo versehen werden sollen, das die heimische Herkunft und Verarbeitung sowie die Wahrung von Tierschutzstandards garantiert. [...]

Mittel- bis langfristig sollten nur invasive Prädatoren gejagt werden dürfen, wenn sie ansonsten bedrohte heimische Arten gefährden. Ihre Bälge sollen keiner kommerziellen Weiterverarbeitung zugeführt werden.

Teils teils. Wir wollen die Bejagung von Beutegreifern bis auf wenige Ausnahmen einstellen. Prädatoren tragen positiv zu gesunden und natürlichen Wildbeständen bei. Regional beschränkt kann u.U. die Bejagung von Beutegreifern sinnvoll sein. Alle gejagten Tiere sollten einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden.

DIE LINKE hält die Bejagung von Prädatoren für gerechtfertigt, wenn es eine ökologische oder tierseuchenrechtliche Notwendigkeit dafür gibt. Die Nutzung der Bälge ist keine Rechtfertigung für die Tötung von Tieren und ist deshalb als Motivation für die Bejagung auch von Prädatoren auszuschließen. Gleichzeitig ist die Nutzung der Bälge sinnvoll, wenn die Tiere nachweisbar aus anderen gesetzlich legitimierten Bejagungen stammen. [...] Für das Töten von Wildtieren bedarf es nach Tierschutzgesetz eines vernünftigen Grundes. Dazu gehört [...] Wild als Lebensmittel oder der Ersatz oder die Ergänzung natürlicher Beutegreifer. [...] Die Jagd zur Trophäenbeute sowie für die Fell- und Pelzgewinnung ist aus Sicht der LINKEN [...] nicht zulässig.

Ja. Die wirksame Bejagung von Prädatoren ist ein unerlässlicher Beitrag zum Schutz des heimischen Niederwilds. Die Jägerinnen und Jäger sind auch in diesem Zusammenhang wichtige Artenschützer. Bälge von gestreiftem Raubwild sind ein hochwertiges Naturprodukt, das nicht aus ideologischen Gründen dem Abfall überlassen werden sollte. [...]



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Jagdpolitische Fragen



1.5

Wie steht Ihre Partei zum Einsatz von Fanggeräten/Fallen für die Bejagung von Prädatoren?

Die Verwendung von Fallen ist Teil der Jagdausübung. [...], Sie dient einer effektiven Bestandsregulierung [...] und ist insbesondere in Naturschutzgebieten notwendig, um den Schutzzweck erreichen zu können. Aufgrund starker Vermehrung [...] bestimmter Haarraubwildarten und wegen ihrer zum Teil nachtaktiven Lebensweise ist die Jagd mit der Schusswaffe oft nicht ausreichend. Marderhund und Mink werden hauptsächlich für den Rückgang von Wasservogelbruten verantwortlich gemacht. Auch diese Entwicklung kann nur durch die Fangjagd gebremst werden. Deshalb sollte die Fangjagd [...] auch weiterhin erfolgen dürfen.

Die Fallenjagd ist auf unbedingt notwendige Einsatzgebiete zu beschränken. Die Fallen müssen den Ansprüchen des Tierschutzes genügen. Hilfreich wäre eine Zertifizierung des Fanggerätes. [...] Ein Verbot der Fallenjagd beabsichtigen wir nicht.

Aus Tierschutzgründen ist ein Verbot der Jagd mit Totschlagfallen überfällig, weil mit keiner Totschlagfalle weder die vom Gesetz geforderte sofortige Tötung noch die notwendige Selektivität der Fallenjagd garantiert werden kann. Prädatoren können damit nicht gezielt bejagt werden. Die Anforderungen für den Einsatz von Lebendfallen, die für verschiedene berechnete Zwecke weiter erlaubt sein sollten, sind aus Tierschutzgründen zu erhöhen. Sie dürfen nur von Personen eingesetzt werden, die die nötige Sachkunde nachgewiesen haben.

Auch bei der Jagd gilt der Grundsatz, dass den Tieren keine unnötigen Leiden zugefügt werden dürfen. Aus diesem Grund bedeutet die Fallen- oder Baujagd eine besonders hohe Verantwortung, ist aber in bestimmten Fällen unverzichtbar, z.B. bei der Jagd auf invasive Arten. Die Aufnahme eines Sachkundenachweises und zertifizierter Fallen sind geeignet für ein tierschutzgerechtes Vorgehen.

Die Fang- und Fallenjagd ist für eine wirksame Prädatorenbejagung und zur Kontrolle bestimmter invasiver Arten wie Waschbär oder Mink nahezu unverzichtbar und stellt somit ein wichtiges Instrument des Artenschutzes dar. Grundsätzlich müssen Jagdausübungsrechte mit dem Jagdschein auch die erforderliche Sachkunde und praktische Kenntnisse im tierschutzgerechten Umgang mit Fallen erworben und nachgewiesen haben. Einen unnötigen Bürokratieaufbau in Form zusätzlicher Sachkundenachweise zur Fang- und Fallenjagd lehnen wir daher ab.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Jagdpolitische Fragen



1.6

Wie soll das Management invasiver gefährdeter Arten gemäß entsprechender EU-Verordnung in Deutschland unterstützt werden?

Invasive und gebietsfremde Organismen stellen weltweit eine der Hauptbedrohungen für die Artenvielfalt [...] dar. Die Bekämpfung invasiver Arten ist langfristig nur effektiv, wenn sich eine Art nicht wieder großflächig ausbreitet [...]. Daher ist auf EU-Ebene eine Verordnung über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten erarbeitet worden [...]. Für schon verbreitete invasive gebietsfremde Arten müssen Aktionspläne erstellt und geeignete Managementmaßnahmen ergriffen werden. Dabei spielt die Jagd [...] eine wichtige Rolle. Hier müssen auch die Jäger Verantwortung übernehmen. CDU und CSU haben dafür gesorgt, dass behördlich angeordnete Maßnahmen [...] mit jagdlichen Mitteln im Einvernehmen mit den Jagd ausübungsberechtigten erfolgen müssen. Bei Maßnahmen ohne jagdliche Mittel muss auf die berechtigten Interessen der Jäger Rücksicht genommen werden.

Wir haben in dieser Wahlperiode das Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten verabschiedet. Danach ist die Mitwirkung der Jäger beim Management invasiver Arten vorgesehen [...]. Die Erstattung von Kosten und Auslagen, die bei der Durchführung der Managementmaßnahmen entstehen, wird nach Landesrecht geregelt.

Das Management invasiver Arten ist eine Aufgabe der zuständigen staatlichen Stellen, dazu gehört zu allererst die Vorsorge bzw. die Verbreitung frühzeitig zu stoppen. Außerdem benötigt es ein Monitoring, eine Früherkennung und auch Sofortmaßnahmen bei neu auftretenden invasiven Arten. Auch kann Kontrolle und Beseitigung eine Rolle spielen, diese hängt [...] vom [...] Ausbreitungsgrad bzw. der Art [...] ab und hängt davon ab inwiefern eine Bekämpfung gerechtfertigt bzw. auch geleistet werden kann [...]. Maßnahmen müssen zudem tierschutzgerecht durchgeführt werden.

Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass es zukünftig einen einheitlichen Rahmen zum Umgang mit als invasiv eingestuften Tieren und Pflanzen geben soll. [...] DIE LINKE fordert jedoch, dass mit »Beseitigung«, welche auf die vollständige und dauerhafte Beseitigung einer Population abzielt, nicht ausschließlich letale Methoden gemeint sind, sondern dabei der Fokus auf tierschutzgerechte und nicht-tödliche Methoden gelegt wird. [...]

Wir Freie Demokraten sind skeptisch, ob das von der schwarz-roten Bundesregierung im Februar dieses Jahres auf den Weg gebrachte Gesetz zur Durchführung der EU-Verordnung für deren ausreichende Umsetzung sorgen wird [...] Einzelne Länder haben die Regulierung invasiver Arten [...] bisher durch ideologisch motivierte Schonzeiten unnötig erschwert. Sollte das Durchführungsgesetz des Bundes in dieser Weise in Kraft treten, werden wir Freie Demokraten uns nach spätestens zwei Jahren für eine umfassende Überprüfung einsetzen und auf mehr bundeseinheitliche Lösungen drängen. [...]



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Jagdpolitische Fragen



1.7

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Pflichtmitgliedschaft der Jäger in der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG), der gesetzlichen Unfallversicherung, aufzuheben und sich für eine Änderung des Sozialgesetzbuches stark machen? Wenn nein, warum nicht?

CDU und CSU werden an der Mitgliedschaft der Jagdunternehmen, d.h. der Revierinhaber, in der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften festhalten, da sie den besonderen Belangen der Jagd Rechnung trägt. [...] Eine private Unfallversicherung als einzige denkbare Alternative wäre weder billiger noch besser. [...]

Die Pflicht der Jäger zur Mitgliedschaft in der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau soll erhalten bleiben. [...]

Wir sehen in der Unfallversicherungspflicht und den damit einhergehenden Unfallverhütungsvorschriften der Unfallversicherungen einen wesentlichen und unverzichtbaren Bestandteil des Sozialstaates, der nicht eingeschränkt werden sollte.

DIE LINKE hat sich dafür eingesetzt, dass die Jägerschaft in einer Solidargemeinschaft [...] eingebunden wird [...]. Wir wollen keine sozialen Hürden für die Jagdausübung.

Wir Freie Demokraten sehen in der Entwicklung, dass der SVLFG-Beitrag [...] bei gleichbleibender Leistung seit Jahren steigt, in der Tat eine problematische Belastung. Inwieweit eine vollständige Befreiung der Jagdpächter und Eigenjagdbesitzer von der SVLFG-Versicherungspflicht eine sinnvolle und finanzierbare Lösung darstellt, [...] wollen wir zuerst unter Berücksichtigung aller möglichen Folgewirkungen [...] mit Fachleuten und den betroffenen Personenkreisen erörtern.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Jagdpolitische Fragen



1.8

Wie stehen Sie zur Befriedung von Jagdflächen durch natürliche und juristische Personen?

Unser Jagdrecht sieht aus gutem Grund grundsätzlich eine flächendeckende Bejagung vor. [...] Grundeigentümer können für Flächen, die zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk gehören, nur dann auf Antrag eine Befriedung erreichen und aus der Jagdgenossenschaft austreten, wenn sie ethische Motive glaubhaft machen können. Die zuständige Behörde muss bei der Entscheidung die Gemeinwohlbelange [...] berücksichtigen. Wildfolge und Wildaneignungsrecht bleiben bestehen, zudem haftet der Eigentümer des befriedeten Bezirks anteilig für Wildschäden. Die befriedeten Flächen müssen im Eigentum einer natürlichen Person stehen, da juristische Personen keine Gewissensgründe geltend machen können. In Schleswig-Holstein, wo bisher auch juristische Personen Flächen von der Jagdausübung befreien lassen können, wird die neue CDU-geführte Landesregierung diese Regelung wieder zurücknehmen und an die Bundesregelung anpassen. Das haben wir dort im Koalitionsvertrag schon festgelegt.

Die SPD sieht derzeit keinen Anlass, die im Bundesjagdgesetz zu dieser Frage getroffenen Regelungen zu ändern.

Wir wollen die Möglichkeit der Befriedung sowohl für private als auch juristische Personen beibehalten bzw. öffnen.

Das Eigentümerrecht auf Befriedung aus ethischen Gründen (Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte) ist zu respektieren, sollte jedoch die Ausnahme sein.

Wir Freie Demokraten respektieren das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 26. Juni 2012 [...]. Wir halten den geltenden § 6a des Bundesjagdgesetzes [...] für eine ausgewogene Regelung. Da sich juristische Personen [...] nicht auf eine individuelle Gewissensfreiheit berufen können, lehnen wir eine entsprechende Ausweitung [...] ab. [...]



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Jagdpolitische Fragen



1.9

Welche Maßnahmen sollen Ihrer Ansicht nach in Jagdruhezonen (z.B. in Kernzonen von Nationalparks oder durch Befriedungsantrag) ergriffen werden?

Wenn nicht gejagt wird, kann es schnell Probleme geben und die Natur bedroht sein. Deshalb sind bei der Entscheidung über Anträge zur Befriedung [...] Gemeinwohlbelange zu beachten. Wenn Umstände auftreten, die die Jagd in diesen Gebieten nötig machen, kann die Jagdbehörde eine beschränkte Jagdausübung anordnen oder die Befriedung widerrufen.

Entsprechend der Zielsetzung von Nationalparks, das Wirken der natürlichen Umweltkräfte zu gewährleisten, wird versucht, insbesondere in den Kern- und Ruhezonen nicht zu regulieren, sondern Probleme durch Wildtiermanagement und Bejagung in den Randzonen in den Griff zu bekommen. [...] Wenn aber der Schutzzweck oder Tierseuchen [...] eine Regulierung [...] nötig machen, [...] sind entsprechende jagdliche Maßnahmen dann das Mittel der Wahl (z. B. Lebendfallen).

Die Beantwortung der Frage, ob und welche Maßnahmen in Jagdruhezonen zugelassen werden sollten, obliegt den zuständigen Behörden der Länder.

Dies muss durch regional angepasste Wildtiermanagementpläne erfolgen.

Die Jagd in Schutzgebieten muss aus Sicht der LINKEN mit den Schutzziele konform gehen. In Totalreservaten oder Revieren mit einem bestimmten wissenschaftlichen Interesse kann auf die Jagd grundsätzlich verzichtet werden, wenn keine schwerwiegenden Gründe dagegen sprechen.

Auch Nationalparkkernzonen und befriedete Grundflächen sind biologisch keine Inseln. Invasive räuberische Arten wie der Waschbär, welcher heimischen Arten massiv schadet, oder auch Erfordernisse der Tierseuchenabwehr (z.B. mit Blick auf die herannahende Afrikanische Schweinepest) sind hinreichende Gründe dafür, selbst in Jagdruhezonen von der Fang- und Fallenjagd bis hin zur Bewegungsjagd grundsätzlich alle Möglichkeiten offen zu halten. Das seit jeher ausgeprägte Prädatorenmanagement in den deutschen Meeresnationalparks zum Schutz der Küstenvögel spricht für sich.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Jagdpolitische Fragen



1.10

Wird sich Ihre Partei für eine Änderung der Steuergesetze bezüglich der Besteuerung von Jagdgenossenschaften einsetzen?

[...] Es gibt [...] die Möglichkeit einer Übergangsregelung bis zum Jahr 2021. Auch darüber hinaus können Jagdgenossenschaften von der Umsatzsteuer befreit werden, wenn sie unter die Kleinunternehmerregelung des Umsatzsteuergesetzes fallen, d. h. ihr Gesamtumsatz des Vorjahres nicht den Betrag von 17.500 Euro erreicht. So wird in vielen Fällen auch ab dem Jahr 2021 im Ergebnis keine Änderung zur derzeitigen Besteuerung erfolgen müssen.

[...] Umsätze von *Jagdgenossenschaften* unterliegen [...] seit dem 1. Januar 2017 grundsätzlich der Umsatzsteuer. Um den Übergang zu den neuen Regelungen möglichst wenig belastend zu gestalten, hat der Gesetzgeber großzügige Übergangsregelungen geschaffen [...]. Damit können Jagdgenossenschaften die alte Rechtslage bis zum 31. Dezember 2020 beibehalten [...].

Wenn Jagdgenossenschaften Umsätze unterhalb der Kleinunternehmergrenze in Höhe von 17.500 Euro im Jahr erzielen, ändert sich für sie im Ergebnis durch die Neuregelung nichts. [...] Die SPD setzt sich [...] nicht für eine Änderung der Besteuerung von Jagdgenossenschaften ein.

Dies ist keine Bundesaufgabe. Die Entscheidung über die Erhebung der Jagdsteuer sollte wie bisher in der Hand der Kommunen liegen, denen die Einnahmen zufließen.

Ob die Umsatzsteuer auf die Jagdpacht zu gravierenden Belastungen der Jagdgenossenschaften führt und deshalb diese wieder davon befreit werden sollten, muss DIE LINKE noch prüfen.

Ja. Auch wenn davon auszugehen ist, dass die Mehrheit der Jagdgenossenschaften den Grenzbetrag in Höhe von 17.500 Euro nicht überschreitet und somit unter die Kleinunternehmerregelung nach §19 des Umsatzsteuergesetzes fällt, setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass für Jagdgenossenschaften grundsätzlich eine praktikable Ausnahmeregelung vom neuen §2b des Umsatzsteuergesetzes geschaffen wird. [...]



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Jagdpolitische Fragen



1.11

Hält Ihre Partei die Besteuerung eines Revierschleppers (z.B. zur Beseitigung von Wildschäden) für gerechtfertigt?

[...] Eine Steuerbefreiung von land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen ist nur dann möglich, wenn diese in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt werden.

Wir sehen keinen Handlungsbedarf bei der Besteuerung von Revierschleppern.

Ja.

Die Befreiung von der Kfz-Steuer ist der Land- und Forstwirtschaft vorbehalten [...]. Ob die Gemeinwohlleistungen wie die Beseitigung von Wildschäden eine Ausweitung der Begünstigung auf Jagd ausübende rechtfertigt, muss DIE LINKE noch prüfen.

Nein. [...] Das von den Finanzbehörden oftmals herangezogene Anerkennungskriterium der betrieblichen Gewinnerzielungsabsicht darf [...] bei der Erhaltung der Kulturlandschaften [...] nicht mehr den alleinigen Ausschlag geben.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Naturschutz-
politische
Fragen



2.1

Wird sich Ihre Partei für einen dauerhaften eigenen Haushaltstitel zur Umsetzung des »Bundesprogramms Wiedervernetzung« einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

[...] Anhand des Zwischenberichts der Bundesregierung zum Programm werden wir prüfen, welche Änderungen und auch ob ein eigener Haushaltstitel sinnvoll sein könnten.

Das »Bundesprogramm Wiedervernetzung« war aus Naturschutzsicht sehr erfolgreich. Leider ist uns bei den Koalitionsverhandlungen nicht gelungen, es fortzuschreiben. [...] Eine Neuauflegung des Programmes für Bestandsstraßen ist vorstellbar.

Ja. Wir fordern seit Jahren, bei jeder Haushaltsberatung einen eigenen Titel in Höhe von 30 Millionen Euro einzuführen.

Ja. Das Bundesprogramm Wiedervernetzung ist ein erfolgreicher Schritt zur Wiedervernetzung von Lebensräumen. [...]

Ja. Wir halten das noch zu unserer Regierungszeit ins Leben gerufene »Bundesprogramm Wiedervernetzung« für ein zentrales Instrument, um Wildkorridore für die Zukunft zu sichern und der problematischen Verinselung von Wildpopulationen entgegenzuwirken.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Naturschutz-
politische
Fragen



2.2

Wie sieht Ihre Partei die Bestandsentwicklungen und damit einhergehenden Interessenkonflikte von bisher streng geschützten Arten wie beispielsweise Biber und Wolf? Welche Managementmaßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig?

Die Bestände von einigen bisher streng geschützten Arten, wie Kormoran und Biber, haben sich in einzelnen Regionen oder sogar in ganz Deutschland grundlegend erholt. Das gilt auch für den Wolf. In Deutschland ist ein deutliches Wachstum der Wolfspopulation auszumachen. Es gibt schon über 50 Rudel. Angesichts der Entwicklung der Population kann man bald nicht mehr von einer ungünstigen Erhaltungssituation sprechen.

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass der Schutzstatus von Tieren und Pflanzen, welche dem Artenschutzrecht unterliegen, regelmäßig überprüft wird. Bei Bedarf ist der Schutzstatus an die Bestandsentwicklung anzupassen.

Beim Wolf muss konkret definiert werden, wann ein guter Erhaltungszustand vorliegt, damit der Wolf nicht länger eine streng geschützte Art nach der FFH-Richtlinie Anhang IV ist, sondern eine Art nach der FFH-Richtlinie Anhang V. [...] Unabhängig davon müssen Wölfe entnommen werden können,

Wir begrüßen die Rückkehr des Wolfes. [...] In Gebieten, wo der Wolf sich etabliert hat und die Nutztierhalter sich mit Schutzmaßnahmen auf ihn eingestellt haben, sind die Schäden rückläufig. Mit Unterstützung der Wolfsbeauftragten wird man zu einer friedlichen Koexistenz zwischen Nutztieren und Wolf kommen.

Die Biber richten tatsächlich in einigen Regionen Schäden an und dürfen dann auch bejagt werden. Auch hier gilt es, die Schäden zusammen mit dem Biberbeauftragten und den Behörden zu verhindern bzw. zu minimieren.

Der Biber hat laut dem Bericht von 2013 einen günstigen Erhaltungszustand erreicht. Maßnahmen um Interessenskonflikte zu minimieren müssen vorrangig umgesetzt werden und können in einem Bibermanagementplan umgesetzt werden. Eine Bejagung des Bibers halten wir nicht für zielführend. Der Wolf hat in Deutschland noch keinen günstigen Erhaltungszustand erreicht, er ist streng geschützt und im Rahmen von Wolfsmanagementplänen müssen ein vorsorgender Herdenschutz gefördert sowie Entschädigungen möglichst unbürokratisch geregelt werden.

DIE LINKE spricht sich seit Jahren für Managementmaßnahmen aus, um die Weidehaltung, insbesondere die Schaf- und Ziegenhaltung, effektiv vor dem Wolf zu schützen. Hierfür haben wir wiederholt Haushaltsmittel für die Einrichtung eines bundesweiten Herdenschutzzentrums gefordert, das u.a. bundesweit einheitliche Standards für die Ausbildung von Herdenschutzhunden erarbeiten und kontrollieren soll.

Wenn Populationen vormals stark bedrohter Arten sich erholen beziehungsweise zurückkehren, gehört aus unserer Sicht auch der Schutzstatus auf den Prüfstand. Wir Freie Demokraten werben angesichts der in Teilen Europas und Deutschlands stark wachsenden und zusehends mit der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in Konflikt geratenden Wolfspopulationen darum, den Wolf aus dem strengen Schutzregime des Anhangs IV der FFH-Richtlinie in ein flexibleres Management nach Anhang V zu überführen und ihn in Deutschland analog zur Zuordnung des Luchses dem Wildtierartenkatalog des Bundesjagdgesetzes zu unterstellen. Dies würde nicht zuletzt ein engmaschiges Monitoring und somit die umgehende Entnahme verhaltensauffälliger Problemtiere ermöglichen. Bei einem weiteren Wachstum der Wolfsbestände müssen Modelle wie regionale Obergrenzen oder eine Entnahmepflicht außerhalb ausgewiesener Wolfsgebiete geprüft werden.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Naturschutz-
politische
Fragen



2.2

Wie sieht Ihre Partei die Bestandsentwicklungen und damit einhergehenden Interessenkonflikte von bisher streng geschützten Arten wie beispielsweise Biber und Wolf? Welche Managementmaßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig?

wenn Auffälligkeiten festgestellt werden. Es müssen verstärkt Ausnahmen vom strengen Schutz genehmigt werden, wenn Wölfe für Menschen zur Gefahr werden, Nutztiere reißen und großen Schaden anrichten. Mehr Wölfe und deren Schutz dürfen nicht zu weniger Nutztierhaltung im Freien führen oder sogar dazu, dass regional keine Weidehaltung mehr möglich ist.

Um Schäden abzuwehren, gibt es aber auch schon heute Möglichkeiten, in die Bestände von geschützten Arten, wie Biber und Kormoran, einzugreifen. Dafür sind in Deutschland die Länder zuständig, so dass Probleme regional lösbar sind.

Beim Biber plädieren wir für ein ähnliches Vorgehen. So gewinnbringend die Rückkehr der Biber für die Renaturierung von Gewässern ist, so verheerend sind vor allem in Süd- und Ostdeutschland die von ihnen verursachten Schäden an der Verkehrsinfrastruktur, am Hochwasserschutz und in der Landwirtschaft.

Als praktikable Zwischenlösung begrüßen wir Freie Demokraten das bayerische Modell, risikobezogen Gebiete auszuweisen, in denen der Biber zur Schadensprävention unbürokratisch ohne weitere Genehmigung entnommen werden darf.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Naturschutz-
politische
Fragen



2.3

Hält Ihre Partei eine finanzielle Unterstützung des seit 2002 bundesweit laufenden Wildtiermonitorings (Wildtier-Informationssystem der Länder Deutschlands, WILD) für sinnvoll? Wenn ja, in welcher Form könnte eine Unterstützung seitens des Bundes erfolgen?

CDU und CSU begrüßen das bundesweite Monitoring-Programm des DJV und seiner Landesverbände, mit dem Daten zum Vorkommen, zur Populationsdichte und -entwicklung von Wildtieren erhoben werden. [...] Wir halten eine finanzielle Unterstützung durchaus für sinnvoll. Eine Förderung aus Mitteln der Jagdabgabe ist sachgerecht und wird dementsprechend von den zuständigen Bundesländern auch schon praktiziert.

Das seit 2002 bundesweitlaufende Wildtiermonitoring WILD ist sehr sinnvoll. Der Bund soll sich auch weiterhin über das Thünen Institut für Waldökosysteme beteiligen.

Gezieltes Monitoring ist die Voraussetzung für mehr Wissen als Grundlage für richtige Entscheidungen. Eine Finanzierung kann unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll sein, ob das für WILD in der derzeitigen Form zutrifft, müssen die zuständigen Behörden entscheiden.

Im Sinne einer nachhaltigen Nutzung der Wildtierbestände halten wir dieses Programm für sinnvoll. Bezüglich einer z.B. Unterstützung durch den Bund gibt es in der Fraktion bisher keine abgestimmte Position. Wir werden dieses Thema aber demnächst aufgreifen.

Das Wildtier-Informationssystem der Länder Deutschlands ist ein wichtiges Projekt zur Schaffung einer verlässlichen Datengrundlage. Daher wird es auch bereits vom Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Landwirtschaft und Fischerei (Thünen-Institut) begleitet. Inwieweit eine direkte finanzielle Förderung durch den Bund möglich ist, werden wir Freie Demokraten gerne prüfen.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Naturschutz- politische Fragen



2.4

Hält Ihre Partei eine Ausweitung von NATURA 2000 und FFH-Gebieten für notwendig? Welche Nutzungsbeschränkungen sollten aus Ihrer Sicht in diesen Gebieten gegeben sein?

In Deutschland umfasst Natura 2000 die im Rahmen der FFH- und Vogelschutzrichtlinie gemeldeten Gebiete. Uns geht es nicht um die Ausweisung immer neuer Gebiete, sondern um eine gute Umsetzung. Ziel ist es, einen guten Erhaltungszustand der Lebensräume und Arten zu sichern oder – soweit erforderlich – wieder herzustellen. Das geht nur mit den Menschen, die dort leben [...]. Deshalb setzen wir in den Natura 2000-Gebieten auf das Prinzip »Schützen und Nützen«. Wir setzen uns dafür ein, dass die Landnutzer und selbstverständlich auch die Jäger bei der Umsetzung von Natura 2000-Gebieten frühzeitig mit eingebunden werden. Die Jagd bleibt in Natura 2000-Gebieten grundsätzlich erlaubt, sie ist in der Regel sogar für das Gleichgewicht dieser Ökosysteme notwendig. Einschränkungen der Jagd in Schutzgebieten dürfen nur erfolgen, wenn und soweit es der Schutzzweck erfordert.

Beim »Fitness-Check« der Natura 2000-Gebiete kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass die europäischen Naturschutzrichtlinien wirksam und effizient sind. [...] Vorrangig ist [...] eine substanzielle Verbesserung der EU-Naturschutzfinanzierung. Die Nutzungsbeschränkungen sollten sich am Schutzziel orientieren.

Teils teils. Die Nutzungsbeschränkungen müssen sich von dem jeweiligen Schutzziel ableiten, daher kann es keine sinnvollen pauschalen Aussagen dazu geben.

Ja. [...] Wir halten eine Ausweitung und vor allem auch eine Vernetzung der Gebiete für richtig und wichtig. Um den Schutz der NATURA 2000-Gebiete zu gewährleisten, müssen schädlichen Eingriffe unterbleiben. Die Art der Nutzung sowie Ge- und Verbote müssen immer gebietsspezifisch festgelegt und durch Schutzgebietsverordnungen und konsequente Anwendung der Vorschriften der FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgesetzt werden.

Wir Freie Demokraten halten das jetzige Natura-2000-Netz aus Gebieten nach der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie für ausreichend. [...] Sofern die ordnungsgemäße Ausübung von Jagd und Fischerei dem Schutzzweck nicht in erheblicher Weise entgegensteht, ist aus unserer Sicht eine entsprechende Nutzungseinschränkung in Gebieten des Natura-2000-Netzes nicht zu rechtfertigen.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Naturschutz-
politische
Fragen



2.5

Wie steht Ihre Partei
zur Auslandsjagd
als Instrument zum
Schutz bedrohter
Wildarten?

Die Jagd in Entwicklungsländern kann dem Schutz bedrohter Tierarten durchaus förderlich sein. [...] Die legale Jagd drängt wie der Naturtourismus die Wilderei zurück, da sie der Bevölkerung alternative Einkommensquellen bieten. Besonders günstig ist, wenn die Jagd Bestandteil eines integrierten, umfassenden Schutz- und Nutzungskonzeptes ist und mit Jagdeinnahmen die Bevölkerung vor Ort unterstützt wird.

Zum Thema »Auslandsjagd« haben wir keine Aussage getroffen.

Eine Auslandsjagd trägt in unseren Augen nicht zum Schutz bedrohter Wildarten bei, sondern ist kritisch zu hinterfragen.

DIE LINKE tritt unabhängig von der Geographie aus ökologischen und tiermedizinischen Gründen für eine flächendeckende und tiergerechte Bestandsregulierung mittels jagdlicher Maßnahmen ein. Die Trophäenjagd sowie die gezielte Jagd in Ländern mit schwächerer Jagdgesetzgebung ohne entsprechende Berücksichtigung des Tierschutzes lehnen wir ab.

Für die Auslandsjagd gilt aus unserer Sicht Ähnliches wie für den internationalen Tierhandel mit Wildfängen: Sofern dies unter lückenlos transparenter und rechtsstaatlicher Kontrolle sowie im Einklang mit internationalen Artenschutzabkommen geschieht, kann eine nachhaltige Nutzung von Wildbeständen durch Jagdtourismus sogar das langfristige Überleben von Populationen und ganzen Arten sichern, weil sich das Prinzip »Schützen durch Nützen« für die einheimischen Bevölkerungen wirtschaftlich lohnt. Wir [...] lehnen daher ideologische Pauschalverbote ab. [...]



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Agrarrechtliche Fragen



3.1

Welche agrarpolitischen Weichenstellungen hält Ihre Partei für notwendig, um einer weiteren Abnahme bedrohter Offenlandarten, wie z.B. Rebhuhn oder Feldlerche, entgegenzuwirken?

Den zum Teil drastischen Rückgang der Niederwildarten und bodenbrütenden Vögel nehmen wir sehr ernst. Deshalb berücksichtigen wir bei unseren politischen Entscheidungen den Schutz der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft. Wir unterstützen das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft darin, ein nationales Monitoring der biologischen Vielfalt für Ernährung und Landwirtschaft aufzubauen, welches die Auswirkungen von Politikmaßnahmen differenziert abbildet und damit eine verbesserte Entscheidungsgrundlage für künftige Lösungsansätze bietet.

In der Einführung des »Greening« der Direktzahlungen im Rahmen der GAP sehen wir zusammen mit den Agrarumweltmaßnahmen der zweiten Säule den richtigen Weg, die biologische Vielfalt zu fördern. Dabei treten wir für Vereinfachungen ein, damit alle Möglichkeiten, wie Feldrand-, Puffer- und Waldrandstreifen, bessere Akzeptanz finden. Im Rahmen der zweiten Säule gilt es, auch die Anlage von Biotopverbänden und Hecken zu fördern, um den Lebensraum der Offenlandarten,

Die SPD tritt für eine Neuordnung der Agrarförderung ein. Wir wollen das bisherige System der Direktzahlungen durch ein System der Entlohnung von Leistungen ersetzen. Wir wollen vor allem die Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Erhaltung der biologischen Vielfalt und der Bodenfruchtbarkeit sowie im Landschafts-, Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz besser und gezielter bezahlen können. Dazu können auch Maßnahmen gehören, die auf den Erhalt von artenreichem Offenland abzielen, das z.B. von Rebhühnern als Lebensraum genutzt werden kann.

Wir stehen für eine umfassende Agrarwende nach dem Prinzip öffentliches Geld nur noch für öffentliche Leistung. Dazu gehört auch eine bessere Finanzierung der ökologischen Maßnahmen wie z.B. die extensive Grünlandnutzung mit einem einhergehenden Verbot des Grünlandumbruchs. Auf EU Ebene fordern wir darüber hinaus einen eigenständigen Naturschutzfonds.

DIE LINKE möchte die Biodiversität in der Agrarlandschaft erhöhen und spricht sich u.a. für eine Erweiterung des Greening aus, wobei wir insbesondere ökologische Vorrangflächen mit besonders hohen Effekten auf die Artenvielfalt wie z.B. Feldgehölze, Baumreihen etc. fördern wollen. Agrarumweltmaßnahmen halten wir für eine sinnvolle und notwendige Ergänzung, um besonders gefährdete Arten in der Breite zurück in die Kulturlandschaft zu holen.

Wir Freie Demokraten sehen beim Schutz von Bodenbrütern wie Rebhuhn, Feldlerche oder Auerwild neben einer unbürokratischen Prädatorenregulierung vor allem die Notwendigkeit, über Agrarförderung, Kompensationsmaßnahmen und eigentumsfreundlichen Vertragsnaturschutz wirksame Anreize für die Bewahrung und Wiederherstellung strukturreicher Agrarlandschaften zu setzen. Das Ausräumen von Feldholzinseln, Alleen, Hecken, Waldmänteln, Strauchgürteln, Blühflächen oder auch insektenreichen Feuchtbiotopen aus der Landschaft muss gestoppt werden. Zu diesem Zweck wollen wir die nationalen Greening-Vorgaben entbürokratisieren und rechtssicherer gestalten, vor allem hinsichtlich der uneinheitlichen Anrechenbarkeit der verschiedenen Streifenelemente.

Produktionsintegrierte Greening-Maßnahmen wie der Anbau von Körnerleguminosen müssen unserer Auffassung nach grundsätzlich immer möglich bleiben, wir Freie Demokraten können



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Agrarrechtliche Fragen



3.1

Welche agrarpolitischen Weichenstellungen hält Ihre Partei für notwendig, um einer weiteren Abnahme bedrohter Offenlandarten, wie z.B. Rebhuhn oder Feldlerche, entgegenzuwirken?

zu verbessern und Rückzugsräume zu schaffen. Sie tragen auch zu einem stabilen Insektenangebot als wichtiger Nahrungsquelle der Vögel bei.

Es ist unser Ziel, dass der bäuerliche Natur- und Artenschutz als zusätzliche Einkommensquelle für die Land- und Forstwirtschaft an Bedeutung gewinnt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Agrarumweltmaßnahmen der GAP in Zukunft für die Landwirte attraktiver gestaltet werden. Wir setzen in erster Linie auf Freiwilligkeit und Kooperation mit den Landwirten. Deshalb stärken wir den Vertragsnaturschutz, fördern den Ökolandbau und unterstützen Projekte, die dem Schutz der Bodenbrüter in der Agrarlandschaft dienen, wie z.B. die Anlage von Lerchenfenstern.

Agrarpolitische Maßnahmen sind wichtig zum Schutz der Offenlandarten, es müssen aber auch die Hege dazu kommen und die konsequente Bejagung der Prädatoren. Nur mit einem Gesamtkonzept wird der Schutz gelingen.

uns aber bei der Ausweisung wichtiger Landschaftselemente als ökologische Vorrangflächen durchaus attraktivere Gewichtungsfaktoren vorstellen. Bei der Ausgestaltung der Agrarumweltmaßnahmen in den Ländern halten wir die Förderung von mehrjährigen Blühstreifen und Buntbrachen für ein zentrales Instrument.

Wir wollen prüfen, inwieweit im GAK-Rahmenplan die Nutzung des Aufwuchses mehrjähriger Blühflächen außerhalb der Brut- und Setzzeiten ermöglicht werden kann, um auf diese Weise mehrjährige Mischkulturen mit Wildpflanzen als Alternative zu Energiemais zu stärken.

Des Weiteren werben für einen abermaligen Anlauf zu einer Einigung von Bund und Ländern auf eine bundeseinheitliche Kompensationsverordnung, um in ganz Deutschland einen vergleichbaren Handel mit Ökokontomaßnahmen zu erreichen, der zugunsten des Niederwildes verstärkt Anreize zu ökologischen Aufwertungs- und Offenhaltungsmaßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft setzt.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Agrarrechtliche Fragen



3.2

Hält Ihre Partei eine Vernetzung verschiedener Politikbereiche, wie z.B. Agrarumweltmaßnahmen im Rahmen der GAK, Greening-Vorgaben und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für sinnvoll? Wenn ja, in welcher Form?

CDU und CSU stehen für eine kohärente und stimmige Politik. Wir koordinieren die agrarpolitischen Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe, die Agrarumweltmaßnahmen und die Umsetzung der GAP (Greening usw.) auf Bundes-, Länder- und europäischer Ebene und wollen sie auch noch besser mit dem Naturschutz verzahnen. Dazu setzen wir auf ein starkes Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und ländliche Räume.

Eine bessere Abstimmung von Landwirtschafts- und Naturschutzpolitik ist notwendig (siehe dazu auch die vorhergehende Antwort). Ein wichtiger Schritt ist uns mit der der Änderung der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes« (GAK) im letzten Jahr gelungen. Dadurch kann innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe den Zielen von Naturschutz und Landschaftspflege nun besonders Rechnung getragen werden.

Das Ziel aller dieser Politikbereiche muss es sein, eine intakte Natur zu erhalten. Allerdings haben die angesprochenen Instrumente aus verschiedenen Politikbereichen unterschiedliche Ursachen für ihre jeweilige Existenz. Die Maßnahmen inhaltlich zu vernetzen um den größtmöglichen Nutzen für die Natur und Umwelt zu erzielen ist sinnvoll, dabei dürfen aber keine der Leistungen mehrmals angerechnet oder gegenseitig ersetzt werden.

Ja. Grundsätzlich hält DIE LINKE es für dringend notwendig die Agrar- und Naturschutzpolitik und die Politik für den ländlichen Raum besser und sinnvoller sowie ergebnisorientierter miteinander zu verzahnen. Gleichzeitig müssen die Umsetzungsregeln vereinfacht werden. Ein Mehr an ökologischen Anforderungen in der ersten Säule, z.B. durch den Ausbau des Greening, darf jedoch nicht mit einer Mittelkürzung für Agrarumweltmaßnahmen einhergehen, auch wenn die Ausgestaltung der Maßnahmen angepasst werden muss. Daneben sollten Ausgleichsmaßnahmen bundesweit einheitlich geregelt und könnten z.B. durch Ökokonten erfasst werden.

siehe Antwort zu Frage 3.1



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Agrarrechtliche Fragen



3.3

Wie steht Ihre Partei zur Nutzung von Flächen nach der Brut- und Setzzeit die über Agrarumweltmaßnahmen gefördert werden? (z.B. über den Anbau von Wildpflanzen, zur Energiegewinnung)

Wir wollen zum einen, dass die Belange der geschützten Vögel bei der Ausgestaltung der Agrarumweltprogramme und im Vertragsnaturschutz berücksichtigt werden und zum anderen, dass Umwelt- und Naturschutz noch attraktiver für die Landwirte werden. In diesem Sinne werden wir gerne Vorschläge, wie die Förderung von Wildpflanzenmischungen zur Energiegewinnung über die Agrarumweltprogramme, auf ihre Förderfähigkeit bzw. Greening-Tauglichkeit prüfen und ggfs. entsprechende Änderungen des EU- bzw. nationalen Rechts anstreben.

Der Nutzung von Flächen nach der Brut- und Setzzeit stehen wir sehr skeptisch gegenüber. Der nach der Brut- und Setzzeit vorhandene Aufwuchs dient dem Schutz des Bodens vor zu starker Sonneneinstrahlung, Auswaschung und Erosion und bietet zahlreichen Tieren Lebensraum. Eine Nutzung des Aufwuchses würde daher den Förderzielen widersprechen, die mit derartigen Agrarumweltmaßnahmen beabsichtigt ist.

Das kann nicht pauschal beantwortet werden, sondern muss orts- und maßnahmenbezogen entschieden werden. Zudem müssen Antworten darauf gefunden werden, dass sich die Kontrollen über die Mittelverwendung in diesen Fällen schwierig gestalten.

DIE LINKE fordert mehr ökologische Vielfalt auf und neben den Äckern. Deshalb spricht sich DIE LINKE für ökologisch wirksame Fruchtfolgevorgaben sowie die Fortführung von Agrarumweltmaßnahmen im Rahmen der EU-Förderpolitik aus. Gerade bodenbrütende Vogelarten sind auf Ackerland stark zurückgegangen. Der Anbau von Wildpflanzen und insbesondere mehrjährige Blühstreifen können diesem Trend wirksam entgegenwirken.

siehe Antwort zu Frage 3.1



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Waffenrechtliche Fragen



4.1

Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode für eine Änderung des Waffenrechts eintreten? Wenn ja, in welcher Form?

CDU und CSU wissen, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Waffenbesitzer, wie Jäger, Schützen und Sammler, sehr verantwortungsvoll mit ihren Waffen umgeht. Wir werden daher weiterhin dafür eintreten, dass sie nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden. [...] Insofern sind systematische Verschärfungen oder Lockerungen weder erforderlich noch beabsichtigt. Allerdings muss die erst kürzlich von der Europäischen Union verabschiedete Novelle der EU-Feuerwaffenrichtlinie in nationales Recht umgesetzt werden. [...] Dies muss aber mit Augenmaß geschehen, um eine übermäßige Belastung der Betroffenen zu vermeiden.

Die SPD plant aktuell keine Veränderungen des Waffengesetzes.

[...] Wir fordern beispielsweise stärkere Kontrollen des privaten Waffen- und Munitionsbestands einschließlich deren Lagerung; das Verbot der Verwendung von Großkaliberwaffen und Munition mit besonderen Schusswirkungen im Sinne einer erhöhten Durchschlagskraft oder einem gesteigerten Verletzungspotenzials durch Sportschützen sowie für Signal- und Schreckschusswaffen, die bei missbräuchlicher Anwendung erhebliche Verletzungen verursachen können, einen Erlaubnisvorbehalt (gemäß § 2 Abs. 2 des Waffengesetzes).

DIE LINKE plant für die kommende Legislaturperiode keine bestimmte Änderung des Waffenrechts. Das Inkrafttreten der novellierten EU-Feuerwaffenrichtlinie wird allerdings eine Überarbeitung des deutschen Waffenrechts notwendig machen.

Eine Verschärfung des im internationalen Vergleich ohnehin schon sehr restriktiven Waffenrechts lehnen wir ab. Sinnvoll wäre es vielmehr, dass komplizierte Waffenrecht ohne inhaltliche Verschärfung auch unter Einbeziehung der Fachverbände zu evaluieren und dann zu vereinfachen, damit es anwendungsfreundlicher wird und mehr Rechtssicherheit bietet.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Waffenrechtliche Fragen



4.2

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der offiziellen Polizeilichen Kriminalstatistik begangene Straftaten mit Schusswaffen nach legalen und illegalen Waffen unterschieden wird?

Bei der Konzeption von Statistiken ist stets eine Abwägung zwischen dem zusätzlichen Nutzen zusätzlicher Erhebungsmerkmale und dem damit verbundenen Erhebungsaufwand notwendig. [...] Vor diesem Hintergrund erscheint es in der Abwägung letztlich nicht geboten, in der Polizeilichen Kriminalstatistik als Massenstatistik dieses zusätzliche Merkmal zu erheben, zumal damit ein erheblicher zusätzlicher Aufwand verbunden wäre.

Die SPD hält eine Optimierung des Systems der Kriminal- und Rechtspflegestatistiken für erforderlich. Ob aber auch eine nähere Aufschlüsselung der Herkunft von Schusswaffen in PKS und dem BKA-Lagebild Waffenkriminalität zweckmäßig und leistbar ist, bedürfte näherer Prüfung.

Im Hinblick auf die Unterscheidung dürfte sich häufig herausstellen, dass auch eine »illegale« Waffe einmal eine »legale Waffe« war. So mag eine Waffe in der Hand eines Jägers »legal« sein, wenn diese von einem Familienmitglied verwendet wird, dürfte sie als »illegal« gelten. Daher ist die Statistik wenig aufschlussreich. Wir setzen wir uns primär dafür ein, den Bestand an Waffen allgemein zu reduzieren. [...] Insbesondere die De- und sodann Reaktivierung von Waffen, eine fehlende einheitliche Registrierung sowie der Internethandel fördern mangels europaweit identischer Regelungen den illegalen Handel. [...] Da hilft die Unterscheidung in der PKS wenig.

Nein. Für die Opfer einer mit einer Waffe begangenen Straftat ist es letztlich nicht ausschlaggebend, ob die Waffe legal oder illegal besessen wurde. Ohnehin ist die Polizeiliche Kriminalstatistik als reine Ausgangsstatistik der polizeilichen Fallbearbeitung nur eingeschränkt aussagekräftig.

Ja. Statt rechtstreu legale Waffenbesitzer mit neuen Pflichten zu adressieren, müssen illegale Waffen stärker in den Fokus von Politik und Sicherheitsbehörden gerückt werden.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Waffenrechtliche Fragen



4.3

Was werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz in Deutschland und Europa unternehmen?

CDU und CSU haben die Sicherheitsbehörden massiv gestärkt. So haben wir beispielsweise das Personal des Bundeskriminalamtes, der Bundespolizei und des Bundesamtes für Verfassungsschutz erheblich aufgestockt. In der nächsten Wahlperiode werden wir diese Stärkung fortführen. Damit wird auch illegaler Waffenerwerb und -besitz noch effektiver bekämpft werden können. Auch im sogenannten darknet – einem nicht für jeden zugänglichen Raum im Internet, in dem die Nutzer vollständig anonym bleiben – kämpfen wir u. a. gegen illegalen Waffenhandel. Wir sind hier mit spezialisierten verdeckten Ermittlern (sogenannten Cyber-Ermittlern) gut gerüstet, um den Kampf noch gezielter zu führen. Die Cyber-Ermittler wollen wir in ihrer Arbeit weiter stärken.

[...] Dem illegalen Waffenhandel in Deutschland und Europa will die SPD insbesondere durch eine Stärkung der Zollbehörden und durch eine intensiviertere Bekämpfung von im Netz begangener Straftaten wie dem illegalen Waffenhandel im sog. »darknet« begegnen.

Das jüngst im Bundestag mit den Stimmen der SPD-Fraktion beschlossene Zweite Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes und weiterer Vorschriften sieht zudem eine zeitlich auf ein Jahr befristete Strafverzichtsregelung (»Amnestie«) für den illegalen Besitz von Waffen und Munition vor, wenn diese bei einer Waffenbehörde oder der Polizei abgegeben werden. Damit soll die Zahl illegal besessener Waffen in Deutschland reduziert werden.

Insbesondere die De- und sodann Reaktivierung von Waffen, eine fehlende einheitliche Registrierung sowie der Internethandel fördern mangels europaweit identischer Regelungen den illegalen Handel. Zugleich ist der Verbleib von nahezu einer halben Million Schusswaffen, die verloren gegangen sind oder gestohlen wurden, in der Europäischen Union ungeklärt. [...] Wir fordern eine europaeinheitliche Registrierung und Nachverfolgbarkeit von Schusswaffen bzw. deren wesentlichen Bestandteilen. Zur Überwachung des illegalen Handels – gerade auch im online-Bereich – fordern wir eine qualifizierte Ausbildung der Beamten der Strafverfolgungsbehörden und eine entsprechend personelle Aufstockung.

Strafbarkeit und Strafmaß für illegalen Waffenbesitz sind unserer Ansicht nach ausreichend, die präventive Wirkung von Strafverschärfungen ist außerdem sehr begrenzt. Was zunächst einmal notwendig ist, ist die Erstellung eines umfassenden Lagebildes zum illegalen Waffenbesitz und -handel, an dem auch die Bundesländer mitwirken müssten. Erst hieraus werden sich sinnvollerweise weitere Maßnahmen ableiten lassen.

Die Sicherheitsbehörden und die Justiz müssen im Kampf gegen illegalen Waffenhandel vor allem personell gestärkt werden. Zudem ist die internationale Zusammenarbeit bei Ermittlungen zu verbessern. Heute dienen die kriegerischen Auseinandersetzungen vor allem im Nahen Osten auch als praktische Ausbildungsstätte für Terroristen. Ideologisch geschulte Rückkehrer, die den Umgang mit Kriegswaffen beherrschen, sind für unsere Gesellschaft daher besonders gefährlich und müssen im Fokus der Behörden stehen. Darüber hinaus befürworten wir seit langem eine Amnestie im Waffenrecht, die den Weg eigentlich rechtstreuer Bürger zurück in die waffenrechtliche Legalität erleichtern kann.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Waffenrechtliche Fragen



4.4

Wie bewerten Sie die Unverletzlichkeit der Wohnung und die in diesem Zusammenhang durchgeführten Waffenkontrollen? Eine im öffentlichen Interesse durchgeführte Kontrolle wird dem legalen Waffenbesitzer in Rechnung gestellt. Was werden Sie in diese Richtung unternehmen?

[...] Um etwas wie Wimmenden zu verhindern, wurden [...] verdachtsunabhängige Aufbewahrungskontrolle im Waffengesetz eingeführt. Dabei wurde allerdings auch klargestellt, dass für diese Kontrollen [...] keine Gebühren erhoben werden sollen. Nachdem einige Länder [...] Gebühren für die Kontrollen erheben, werden wir prüfen, ob [...] eine bundeseinheitliche Regelung getroffen werden kann, um die Vollzugspraxis zu vereinheitlichen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat der Reform des Waffenrechts [...] 2009 zugestimmt [...] und folgende Position zu dieser Frage eingenommen: „Die verdachtsunabhängigen Kontrollen liegen im öffentlichen Interesse und deswegen werden keine Gebühren erhoben. Dies wird in der anstehenden Kostenverordnung klargestellt.“ (BT-Drs. 16/13423, S. 71)

Auch die Unverletzlichkeit der Wohnung kennt Grenzen [...]. Das ist im Grundgesetz in Artikel 13 geregelt. [...] Mit der Einführung der verdachtsunabhängigen Kontrollmöglichkeit seitens der Waffenbehörde durch die Waffenrechtsnovelle 2009 [...] wurde das deutsche Waffenrecht um ein weiteres Handlungsinstrumentarium verstärkt. Dabei handelt es sich um eine gesetzlich vorgesehene öffentlich-rechtliche Kontrollmaßnahme [...]. Die individuelle Entscheidung des Einzelnen zum Waffenbesitz, mit der eine potentielle Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verbunden ist, hat demnach zur Folge, dass die Durchführung der verdachtsunabhängigen waffenrechtlichen Vor-Ort-Kontrolle in den Pflichtenkreis eines jeden Waffenbesitzers fällt und so von ihm verantwortlich veranlasst und ihm zuzurechnen ist. [...]

Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist für DIE LINKE ein hohes Gut. Einschränkungen an diesem Grundrecht müssen verhältnismäßig und insbesondere erforderlich sein. Nach § 36 Abs. 3 Waffengesetz wurde [...] eine angemessene Regelung getroffen [...]. Der Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung hat sich demnach auf die Kontrolle der Aufbewahrung zu beschränken. Eine zwangsweise Durchsetzung der Kontrolle ist nur bei dringenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit möglich.

Die verdachtsunabhängige waffenrechtliche Kontrolle in Privathäusern und Wohnungen von Waffenbesitzern ist von Gerichten als verfassungsmäßiger Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung bewertet worden. Wir akzeptieren diese Rechtsprechung. [...] Es wird höchste Zeit, zumindest beanstandungslose Kontrollen gebührenfrei zu gestalten. In den Landesparlamenten werben wir für entsprechende landesrechtliche Regelungen.



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Waffenrechtliche Fragen



4.5

Wie bewerten Sie die bestehenden Regelungen zur Waffenaufbewahrung?

Waffen sind zweifelsohne gefährliche Gegenstände. [...] Die soeben in Kraft getretene Überarbeitung der Aufbewahrungsregeln ist dem technischen Fortschritt geschuldet. [...] Weitergehende Änderungen bei der Waffenaufbewahrung sind nicht erforderlich.

[...] Aktuell sind von der SPD [...] keine weiteren Veränderungen des Waffenrechts geplant.

Wir sehen eine besondere Missbrauchsgefahr, die aus der gleichzeitigen Verfügbarkeit von schussfähigen Waffen und Munition in Privathaushalten resultiert und fordern daher strengere Vorschriften im Hinblick auf die Aufbewahrung. [...]

Angesichts der Gefahren für Leib und Leben, die bei einer Entwendung und fahrlässig oder vorsätzlich unsachgemäßen Verwendung von Waffen drohen, halten wir die bestehenden Regelungen für erforderlich. [...]

Die Regeln sind streng und wurden mit Blick auf die Vorschriften für Waffenschränke in jüngster Zeit von CDU, CSU, SPD und Grünen unserer Auffassung nach vollkommen unnötig weiter verschärft. [...]

4.6

Halten Sie eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger und Sportschützen für sinnvoll?

Die zentrale Aufbewahrung von Waffen [...] ist [...] unter Sicherheitsgesichtspunkten nicht vorteilhaft. CDU und CSU lehnen sie deshalb ab. [...] Es wäre für Jäger zudem [...] abwegig, [...] bei einer zentralen Ausgabestelle klingeln müssten, wenn sie etwa zu einem verletzten Wildtier gerufen würden.

Die SPD plant aktuell keine Veränderungen des Waffengesetzes. Zudem würde eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger [...] praktische Probleme aufwerfen (etwa [...] im Falle eines Wildunfalls zur Nachtzeit)

Nein, nicht generell. So ist der Zugriff für Jäger flexibler zu gestalten.

Nein, das halten wir für kontraproduktiv und unpraktikabel. Damit würden Vereinsheime u.ä. zu attraktiven Einbruchzielen. [...]

Nein. Die Forderung nach der zentralen Lagerung von Waffen und Munition ignoriert, dass derartige Lager kaum hinreichend vor Einbruch geschützt werden können. [...]



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Waffenrechtliche Fragen



4.7

Hält Ihre Partei ein Verbot von Waffen im privaten Besitz für notwendig? Wenn ja, warum?

Der private Besitz von Waffen ist in Deutschland sehr streng geregelt. [...] CDU und CSU sehen keine Veranlassung, hiervon abzurücken und privaten Waffenbesitz gänzlich zu verbieten.

Nein. Ein pauschales Verbot von Waffen im privaten Besitz ginge an der gesellschaftlichen Realität vorbei. [...]

Nein, wir fordern kein allgemeines Verbot.

keine Antwort

Nein. Ein solches Verbot greift in die Freiheit mehrere Hunderttausend unbescholtener Bürgerinnen und Bürger ein. Wir verwahren uns gegen diese Gängelung. [...] Nicht der legale Waffenbesitz ist ein Sicherheitsrisiko in Deutschland, sondern der illegale Waffenbesitz. [...]



Wahlprüfsteine des DJV zur Bundestagswahl 2017

Statement



5

Bitte nennen Sie uns drei Gründe, warum Jäger Ihre Partei wählen sollten?

- Wir bekennen uns zur Jagd als legitime nachhaltige Nutzungsform natürlicher Ressourcen.
 - Wir stehen zu den Jägern – auch öffentlich.
 - Wir sichern das deutsche Reviersystem und sorgen für tierschutzkonforme Jagdausübung.
- Wir schützen die natürlichen Ressourcen und wertschätzen den Beitrag der Jägerinnen und Jäger für den Arten- und Naturschutz.
 - Wir sind auf einen Ausgleich der Interessen ausgerichtet.
 - Jagd ist in Deutschland erforderlich und muss mit größtmöglicher Rücksicht auf Menschen, Tiere und Umwelt ausgeführt werden können.
- Wir stehen für eine Jagd, die Bestandteil einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung und der nachhaltigen Nutzung des Offenlandes sowie mit dem Tierschutz konform ist.
 - Wir wollen eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für die Jagd gewinnen.
 - Wir schützen den Wald und die Natur.
- Alle sollen zur Jagd gehen können, wenn sie wollen, und das Grüne Abitur ablegen können.
 - Jagd muss dem Gemeinwohl dienen. Wir wollen die Hege eines gesunden Wildbestandes, keine Trophäenjagd.
 - Wir wollen eine umfassende Reform des Bundesjagdgesetzes.
- Wir erkennen an, dass Jägerinnen und Jäger nicht nur [...] über Naturschutz diskutieren, sondern [...] im Fach Naturschutz eine staatliche Prüfung abgelegt haben. [...]
 - Wir kennen den gesamten Artikel 14 des Grundgesetzes zum Recht am Eigentum und nicht nur auszugsweise dessen zweiten Absatz zur Sozialpflichtigkeit. [...]
 - Wir setzen nicht auf immer neue Verschärfungen des Waffenrechts [...] sondern auf eine konsequente Stärkung der Polizei in Bund und Ländern.

